

## Liebe Leserinnen und Leser,

der Oktober war geradezu ein historischer Monat. Ob **Klimagesetz** oder **Agrarreform** - Nach langwierigen Verhandlungen unter Deutscher EU-Ratspräsidentschaft gibt es nun eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten im Agrarrat. Dass in der gleichen Woche die mühsamst ausgehandelten Kompromisse bei der Abstimmung zur Agrarreform im Europaparlament ebenfalls eine Mehrheit fanden, ist ein gutes Zeichen. Schließlich ist die **Gemeinsame Agrarpolitik** die Königspolitik der Europäischen Union!



Wer das nicht mehr so sieht, ist die SPD. Diese hat bis zum Schluss am Verhandlungstisch gesessen und ist dann im letzten Moment der Kompromissfindung zu den Aktivisten übergelaufen. Damit hat sie sich endgültig als ernstzunehmenden Partner verabschiedet!

Wir alle wollen mehr **Klimaschutz**. Daher unterstütze ich auch die Zielsetzung, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Dennoch muss man auch solch eine historische Aufgabe nüchtern und realistisch angehen. Was nützt der **Überbietungswettbewerb** bei den Emissionszielen, wenn es am Ende zu viele Verlierer gibt! Wir können den notwendigen Wandel am besten erreichen, wenn wir verantwortungsvoll agieren. Und dazu müssen wir die Menschen auf dem Weg zu mehr Klimaschutz mitnehmen - sozial, ökologisch und ökonomisch!

Im Oktober feierten wir darüber hinaus nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Ereignis: **30 Jahre Deutsche Einheit!** Das Streben nach **Freiheit** und **Demokratie** hat uns in **Solidarität** vereint und unser europäisches Projekt gestärkt. Europa ist in den letzten 30 Jahren enger zusammengewachsen. Und es liegt jetzt in unserer Hand, sicherzustellen, dass in 30 Jahren „Ost“ und „West“ keine politischen Kategorien mehr sind, sondern nur noch geographische.

Im Anhang finden Sie noch einen Flyer zur Gemeinsamen Agrarpolitik der CDU/CSU-Gruppe im europäischen Parlament.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen



## Mein Europa

### Verknüpfung Rechtsstaatlichkeit und MFR

Leider sind auch staatliche Organe nicht unfehlbar in der Art und Weise, wie sie mit EU-Fördermitteln umgehen. Bislang fehlt der EU jedoch ein Mechanismus, um den effizienten und rechtmäßigen Einsatz von EU-Mitteln sicherzustellen. Wir brauchen deshalb dringend ein Instrument, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug oder Korruption zu schützen. Es ist ein Verdienst der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dass die Mitgliedstaaten nach über zwei Jahren endlich eine gemeinsame Position dazu gefunden haben. Wir werden uns in den Beratungen zwischen Parlament und Mitgliedstaaten dafür einsetzen, dass am Ende nicht ein zahnloser Kompromiss, sondern ein belastbarer Mechanismus entsteht, der den Haushalt der EU vor Missbrauch schützen kann.

Nach über zweijährigen Verhandlungen haben die EU-Mitgliedsstaaten am 30. September eine gemeinsame Position zu einem noch vom ehemaligen EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) vorgelegten Verordnungsentwurf gefunden, welcher die zukünftige EU-Mittelvergabe an Rechtsstaatlichkeitskriterien knüpft. Das Europäische Parlament hatte seine Position bereits im Januar 2019 festgelegt und wartete seitdem auf den Abschluss der Beratungen der Mitgliedstaaten. Nun können endlich die sogenannten "Trilogverhandlungen" zwischen Europaparlament, Mitgliedstaaten und Kommission beginnen, nach deren Abschluss das fertige Gesetz stehen soll.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

### Klimagesetz

Klimaschutz und die Pariser Klimaziele dulden keinen Aufschub. Wir unterstützen die Zielsetzung der Europäischen Kommission Ursula von der Leyens, bis 2050 Klimaneutralität festzuschreiben und mindestens 55 Prozent CO<sub>2</sub> Einsparung bis 2030 zu erreichen. Klar ist aber auch, dass wir uns mit 55 Prozent an der absoluten Grenze des Vertretbaren bewegen. Mehr ist in einem vertretbaren Rahmen nicht drin und wäre verantwortungslos gegenüber all den Menschen, die in Branchen arbeiten, für die Klimaschutz besonders teuer ist.

Wir wollen verhindern, dass der dadurch angestoßene Wandel auf Kosten von Arbeitsplätzen in der Industrie geht. Dies können wir nur durch kluge Politik, marktwirtschaftliche Instrumente und die enorme Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen erreichen, gerade auch aus dem Mittelstand. Wir setzen deshalb voll auf Innovation. Nur wenn Europa erfolgreich Klimaschutz und Arbeitsplätze verbinden kann, werden uns andere Länder auf diesem Weg folgen.

Europa und wir stehen für mehr Klimaschutz, aber Europa und die Union stehen auch für Maß und Mitte. Wir werden uns im weiteren Verfahren für ausgewogene Lösungen einsetzen, um weder unnötig Arbeitsplätze zu gefährden, noch das Ziel der Klimaneutralität 2050 aus den Augen zu verlieren.

Das Klimagesetz ist das Herzstück des sogenannten Green Deals der EU-Kommission. Damit wird erstmals ein Klimaschutzziel für Europa gesetzlich festgeschrieben. Grüne und Sozialdemokraten wollen dabei über das von der EU-Kommission vorgeschlagene Ziel von mindestens 55 Prozent hinausgehen. CDU und CSU lehnen dies ab. Leider sind wir am Ende im Parlament mit 60 Prozent überstimmt worden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## Vorschau und Rückschau Europäischer Rat

Die EU steht derzeit an vielen Fronten unter Druck und muss Handlungsfähigkeit beweisen. Die Krisen in Belarus, Berg-Karabach, der Konflikt mit Russland sowie der Gasstreit zwischen der Türkei und Griechenland zeigen, dass wir endlich konkrete Vorschläge brauchen, um die Handlungsfähigkeit der EU nach außen zu stärken. Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik können dabei nur ein erster Schritt sein. So benötigen wir auch endlich eine gemeinsame europäische Strategie für den Umgang mit Afrika und China.

Die Lage in Belarus bleibt angespannt. Wir fordern, dass die von den EU-Außenministern geplanten EU-Sanktionen gegen Unterstützer des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko so schnell wie möglich beschlossen werden. Auch Lukaschenko selbst muss mit Sanktionen belegt werden. Es ist inakzeptabel, dass Zypern sich dagegen sperrt und damit die EU blamiert. Die Forderung Nikosias im Gegenzug auch neue Sanktionen gegen die Türkei wegen der Erdgasbohrungen im Mittelmeer zu verhängen, mag verständlich sein. Nichtsdestotrotz dürfen beide Krisenherde nicht vermengt werden.

Die Gewalt in der Konfliktregion Berg-Karabach im Süden des Kaukasus muss so schnell wie möglich beendet werden. Aserbaidschan und Armenien müssen sofort und ohne Vorbedingungen Verhandlungen beginnen. Europa sollte in dem Konflikt als Vermittler auftreten.

Die Eskalationsspirale im Mittelmeer muss ebenfalls gestoppt werden. Dass in dem Streit um Erdgasvorkommen sogar nun die Kriegsgefahr vor den Toren Europas wächst, ist inakzeptabel. Die Türkei tritt zunehmend als Aggressor auf und missachtet in dem Konflikt das Völkerrecht. Schließlich gelten im Mittelmeer wie in jedem anderen Ozean die Regeln des Seerechts, die Anrainerstaaten Gewässer zur ausschließlichen Nutzung zugestehen.

## Geschlechterausgewogenheit in Firmen-Vorständen

Frauen sind in Führungspositionen in vielen Bereichen nach wie vor unterrepräsentiert, obwohl sie fast die Hälfte der Erwerbstätigen und mehr als die Hälfte der Hochschulabsolventen in der EU ausmachen. Wir unterstützen deswegen nachdrücklich Maßnahmen, die Frauen helfen besser in Spitzenpositionen aufzusteigen. Transparente Kriterien für die Kandidatenauswahl sowie die Bevorzugung des unterrepräsentierten Geschlechts bei zwei gleich qualifizierten Bewerbern, sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Es ist höchste Zeit, die Kommissionsvorschläge aus dem Jahr 2012 zum Abschluss zu bringen, die deutsche Ratspräsidentschaft sollte hier liefern. Darüber hinaus sollte die Politik die notwendigen Voraussetzungen schaffen, dass Familie und Karriere vereinbar sind. Nur dann ist eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben sowie eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in Gesellschaftergremien wirklich erreichbar. Dazu gehören auch Lohngerechtigkeit und Entgelttransparenz. Beides darf aber nicht zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen gehen.

Bereits 2012 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, dass der Frauenanteil in Firmen-Vorständen bis 2020 auf 40 Prozent steigen soll. Das Europaparlament hat dem Vorschlag 2013 zugestimmt, seitdem ist das Dossier im Rat blockiert. Das Europaparlament will nun einen Abschluss unter deutscher Ratspräsidentschaft erreichen. Derzeit sind weniger als 29 Prozent der Vorstandsmitglieder der größten börsennotierten Unternehmen, die in der EU registriert sind, Frauen. Frauen machen jeweils nur rund 8 Prozent der Vorstandsvorsitzenden und Hauptgeschäftsführer (CEOs) aus.

## Digitale Dienste und KI

Das Europaparlament hat seine Standpunkte zu neuen europäischen Regeln für digitale Dienste und Plattformen sowie zur zivilen Haftung von Künstlicher Intelligenz (KI) vorgelegt. Beide Dossiers fußen auf der Forderung, endlich den Digitalen Binnenmarkt zu vollenden. Für CDU/CSU ist klar: Die neuen Vorgaben für digitale Dienste, welche die EU-Kommission noch in diesem Jahr vorschlagen will, müssen einerseits die Vorgaben für digitale Dienste und Plattformen verbessern und modernisieren sowie andererseits Betrug, Håme und Hetze im Internet entgegenreten. In der nun verabschiedeten Parlamentsposition forderten die Abgeordneten, die Transparenz und Produktsicherheit auf Online-Marktplätzen zu erhåhen, Regeln für den weit verbreiteten Einsatz von künstlicher Intelligenz festzulegen und die Verbreitung illegaler Online-Inhalte zu stoppen. Darüber hinaus soll die EU klare Standards schaffen, wie Social Media-Plattformen wie Facebook oder YouTube mit illegalen Inhalten auf ihren Plattformen umgehen sollen. Die neuen Regeln sollten gleichzeitig Rechtsklarheit für Anbieter schaffen und die Grundrechte der Benutzer wahren, hieß es.

Bei der Regulierung von Künstlicher Intelligenz drångte das Plenum auf einen Ansatz, der gleichzeitig Rechtssicherheit für Gesellschaft und Unternehmen herstellt sowie Raum für digitale Innovationen lässt. Dazu gehört auch, dass künftig Betreiber risikoreicher KI-Systeme für den Schaden, den ihre Anwendungen verursachen, haften sollen. Zu risikoreichen Anwendungen von KI gehören beispielsweise selbstfahrende Autos. Der Kommissionsvorschlag hierzu wird im Frühjahr kommenden Jahres erwartet.

Weitere Informationen zu [Digitale Dienste und KI](#)

## Zukunft der europäischen Agrarpolitik

Das Europaparlament sowie die EU-Staaten haben jeweils ihre Position zur Zukunft der gemeinsamen EU-Agrarpolitik bis 2027 festgelegt. In Kürze werden somit sogenannte „Trilog“-Verhandlungen zwischen Europaparlament, EU-Mitgliedstaaten und EU-Kommission beginnen.

Im Europaparlament hatten sich zuvor die Fraktionen von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen auf einen weitreichenden Kompromiss verständigt, der mit großer Mehrheit angenommen wurde und große Fortschritte in Sachen kologie, Flexibilität und Umweltschutz bedeutet. 30 Prozent der Direktzahlungen an die Landwirte sollen für grünere Maßnahmen, sogenannte „Eco-Schemes“ reserviert sein. Ebenso sollen 35 Prozent der Mittel für die ländliche Entwicklung für Umweltmaßnahmen eingesetzt werden. Zudem steigt die Flexibilität für die Mitgliedstaaten deutlich. Bislang gab es solche Bestimmungen nicht.

Für CDU und CSU hat Landwirtschaftspolitik eine hohe Priorität, denn sie ist Standortpolitik für den ländlichen Raum. Es geht dabei auch darum, dass Europa sich selbst mit hochwertigen bei uns angebauten Nahrungsmitteln versorgen kann und nicht auf Importe angewiesen ist. Wir wollen auch weiterhin Lebensmittel aus bäuerlichen Familienbetrieben. Gleichzeitig muss auch die Landwirtschaft mehr zu Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Dafür wird es zukünftig mehr Anreize als bisher geben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## Rückschau Europäischer Rat: Brexit

Am 21. Oktober hat das Europaparlament erneut zum aktuellen Stand der Brexit-Verhandlungen debattiert. Für alle Beteiligten in der EU ist klar: Unsere Tür für die Briten ist offen, aber nicht um jeden Preis. Abgeordnete machten im Plenum deutlich, dass ein Vertrag die zukünftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich auf eine gute gemeinsame Basis stellt. Solche Verhandlungen erfordern aber Bewegung von beiden Seiten, und bislang lässt die britische Regierung zu wenig Bereitschaft erkennen, an einem Verhandlungserfolg überhaupt interessiert zu sein.

Die nächsten Wochen werden entscheidend sein. Zwar gibt es in einigen Bereichen Fortschritte, aber ein Durchbruch lässt weiter auf sich warten. Problematisch sind insbesondere die Fischereipolitik sowie die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs. Bis spätestens Ende Oktober muss ein unterschriftsreifer Vertrag vorliegen, sonst ist ein „No-Deal“-Szenario nicht mehr abzuwenden.

## Verkündung des Sacharow-Preisträgers

Die belarussische Opposition, vertreten durch den Koordinierungsrat, wird mit dem diesjährigen Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet. CDU/CSU und EVP hatten die mutigen Bürger, die seit Wochen friedlich für freie und faire Wahlen in Belarus sowie für den Rücktritt Lukaschenkos demonstrieren, gemeinsam mit anderen Fraktionen für den Preis vorgeschlagen. Die diesjährige Nominierung zeigt, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten wie das Recht auf freie Wahlen global zunehmend in Bedrängnis geraten. Nominiert waren neben der belarussischen Opposition die Guapinol-Aktivistinnen und Berta Cáceres in Honduras sowie der Erzbischof von Mosul, Irak, Najeeb Mikhael. Der Preis selbst wird am 16. Dezember im Rahmen einer Zeremonie im Plenarsaal des Europaparlaments verliehen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## Mein Mittelfranken

### Besuch bei der Retterspitz GmbH: Traditionelles Heilwissen meets moderne Wissenschaft

Heilen, Pflegen und Wohlfühlen: Seit mehr als 115 Jahren kümmert sich Retterspitz um diese drei wichtigen Bereiche des Lebens. Bis heute setzt das Familienunternehmen auf die Wirkung und Verträglichkeit reiner ätherischer Öle, Heilpflanzenbestandteile und klassischer Heilanwendungen, und kombiniert es nach modernstem Standard mit neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen. Um sich ein Bild von dem Unternehmen sowie der Produktion zu machen, habe ich den Standort in Schwaig besucht.

Den vollständigen Pressebericht finden Sie [hier](#)

## Herzensangelegenheiten

### **Internationaler Tag der Landfrauen: „Unsere Landfrauen spielen eine entscheidende Rolle in der Landwirtschaft“**

Jedes Jahr am 15. Oktober findet der Internationale Tag der Landfrauen statt. Unsere Landfrauen spielen eine entscheidende Rolle in der Landwirtschaft und bei der Entwicklung ländlicher Regionen. Mit ihrem Engagement leisten sie tagtäglich ihren Beitrag für die Verbesserung der Ernährungssicherheit, und das nicht nur regional, wie die Landfrauen im Bayerischen Bauernverband zeigen.

*Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)*

### **NextGenerationEU und Recovery Instrument für die ländliche Entwicklung**

Der Agrarausschuss hat am 13. Oktober über das Programm NextGenerationEU und Recovery Instrument für die ländliche Entwicklung abgestimmt. Unsere Landwirtschaft bietet ein enormes Potenzial, gerade im Hinblick auf den Europäischen Green Deal. Sie ist nämlich die einzige Branche, die Sauerstoff produziert und Kohlenstoffdioxid bindet! Daher freue ich mich, dass die zweite Säule (ELER) zusätzlich mit rund 8 Milliarden Euro aus NextGenerationEU gestärkt wird. 55 Prozent dieser Mittel sollen für Investitionen in die Zukunft und 37 Prozent für sogenannte grüne Maßnahmen verwendet werden. Für die bayerische Agrarpolitik sind diese Programme unabdingbar.

*Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)*

### **Welternährungstag: „Jeder kann einen Beitrag leisten“**

Am 16. Oktober war Welternährungstag. Ich bin sehr dankbar, dass die europäische Landwirtschaft für über 500 Millionen Menschen gesunde, sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel garantiert. In anderen Teilen der Welt ist das keine Selbstverständlichkeit, obwohl das Recht auf Nahrung ein Menschenrecht ist. Weltweit leiden rund 821 Millionen und damit über zehn Prozent der Weltbevölkerung Hunger. Internationale Konflikte, der Klimawandel und die Corona-Pandemie, die in vielen Staaten zu Wirtschaftskrisen und Armut führt, verschärfen die Situation weiter. Dieser Trend darf sich nicht fortsetzen.

*Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)*



## **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik: „Wir sind auf einem guten Weg, aber die eigentliche Arbeit geht jetzt erst los“**

Am frühen Morgen des 21. Oktober haben sich die EU-Mitgliedsländer auf eine Reform der Agrarpolitik geeinigt. Nach fast zweitägigen Verhandlungen unter Deutscher EU-Ratspräsidentschaft gibt es nun eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten - ein absoluter Meilenstein! Und auch im Europäischen Parlament laufen die Beschlüsse auf Hochtouren. Dass die ausgehandelten Kompromisse bei der Abstimmung im Plenum eine Mehrheit fanden, ist ein gutes Zeichen. Schließlich ist die Gemeinsame Agrarpolitik die Königspolitik der Europäischen Union!

*Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)*

## **CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament: Statement von Axel Voss zum Thema „zivile Haftung von Künstlicher Intelligenz“**

Das Europaparlament hat in der Nacht zum 21. Oktober Vorschläge zur zivilen Haftung von Künstlicher Intelligenz angenommen. Wenn es um die Regulierung von Künstlicher Intelligenz geht, brauchen wir einen Ansatz, der gleichzeitig Rechtssicherheit für Gesellschaft und Unternehmen herstellt sowie Raum für digitale Innovationen lässt. Mit der Abstimmung weisen wir der EU-Kommission den Weg zur Harmonisierung des Digitalen Binnenmarktes. Der europäische Rahmen für die zivilrechtliche Haftung hat sich bewährt und muss durch das Aufkommen von KI-Systemen nun nicht neu erfunden werden. Das Ziel unserer Vorschläge ist es vielmehr, eine potenzielle Rechtslücke zu schließen, indem wir die Betreiber risikoreicher KI-Systeme für den Schaden haftbar machen, den ihre Anwendungen verursachen. Dabei unterscheiden wir zwischen Hochrisiko- und allen anderen KI-Systemen. Nur die Hochrisiko-Systeme sollen, nach sorgfältiger Auswahl durch die EU-Kommission in enger Zusammenarbeit mit Interessenvertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, einer Gefährdungshaftung unterliegen. Unser rechtspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Axel Voss (CDU), erwartet nun, dass die EU-Kommission unseren Text in der vorliegenden Form übernimmt und die Konzepte bis zum Beginn des nächsten Jahres weiterentwickelt.

## **Welt-Poliotag: In eigener Sache**

Der Welt-Poliotag wurde 1988 von der Weltgesundheitsorganisation ins Leben gerufen. Seitdem macht der Aktions- und Gedenktag am 28. Oktober auf die Kinderlähmung aufmerksam. Und das ist auch gut so! Denn weltweit gibt es zunehmend Rückschläge beim Kampf gegen die Krankheit. Gerade in Afrika, Israel und Syrien haben Krankheitsfälle in jüngerer Zeit wieder zugenommen. Und in Afghanistan und Pakistan ist das Virus noch immer vorhanden - obwohl man ihm mit einer einfachen Schluckimpfung den Garaus machen könnte.

*Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)*

## **EU-Tiertransportverordnung: „Es braucht mehr Zusammenarbeit und eine einheitliche Umsetzung“**

In der Sitzung des ANIT-Untersuchungsausschusses am 29. Oktober hat Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner über die Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft - u.a. Begrenzung der Transportdauer, Versorgungsstellen in Drittstaaten, Umsetzungs- und Kontrolldefizite in den Mitgliedstaaten - gesprochen. Im Grunde genommen liegen die Fakten seit langem auf dem Tisch: Es gibt seit 2005 eine EU-Tiertransportverordnung. Seitdem wissen wir, dass Paragraphen das Eine, Kontrolle und Konsequenzen das Andere sind. Spätestens seit dem EuGH-Urteil ist also klar, dass Tiertransporte nicht nur innerhalb der Mitgliedstaaten, sondern auch in Drittstaaten in der Verantwortung der Transporteure bzw. der Auftraggeber liegen. Es braucht mehr Zusammenarbeit und eine einheitliche Umsetzung!

*Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)*

## **Lesenswert**

### **Forsa-Umfrage vom 24. Oktober: Die Zukunft der CDU**

Während der Corona-Krise zeichnet sich die politische Stimmung in Deutschland durch eine große Stabilität aus. In dieser Woche wird das besonders deutlich: für keine Partei haben sich gegenüber der Vorwoche Veränderungen ergeben. Das bedeutet: CDU/CSU kommen erneut auf 36, Grüne auf 20, SPD auf 15, AfD auf 9, Linke auf 7 und FDP auf 6 Prozent.

Im Schatten der Pandemie nimmt die Diskussion über die Zukunft der CDU allmählich Fahrt auf. Wen soll die Partei in wenigen Wochen zu ihrem neuen Vorsitzenden wählen? Wer soll Kanzlerkandidat der Union werden? Welchen Kurs soll die Partei nach der Ära Merkel einschlagen? Dazu hat forsa in der vergangenen Woche CDU-Mitglieder befragt. Eines wurde dabei überdeutlich: Die große Mehrheit der Christdemokraten will auf keinen Fall, dass ihre Partei vom Kurs der Mitte, den Angela Merkel in den vergangenen Jahren geprägt hat, abweichen - egal, wer neuer Vorsitzender wird.

*Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)*

### **Kolumne in der F.A.Z.: Und erlöse uns von den Blöden**

Wer schützt die Bauern vor Ökoextremisten und hysterischen Städtern? Ein Aufschrei von Kabarettistin Monika Gruber, einer bayerischen Bauerntochter - und trifft damit den Nagel auf den Kopf!

*Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#)*



**Kontakt:**

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Sarah Schöffler